



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 18.05.2018

ANFRAGE

Umweltreferentin contra Bundeskanzlerin – Wer hat Recht in Sachen Luftreinhaltung?

Die Reaktionen auf die EU-Umwelt-Klage gegen Deutschland fallen vollkommen unterschiedlich aus – auch innerhalb der Union. Während die Bundeskanzlerin Deutschland „auf einem sehr, sehr guten Weg“ sieht und auf die Verantwortung der Kommunen hinweist, die aufgelegten Förderprogramme vor Ort auch umzusetzen¹, erklärt die Münchner Umweltreferentin Stephanie Jacobs, „Die Klage war leider absehbar“ und erklärt, der Bund müsse endlich Maßnahmen ergreifen.² Offenbar versuchen hier alle Ebenen, sich aus der Verantwortung zu stehlen und den „Schwarzen Peter“ dem jeweils anderen zuzuschieben.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Welche Maßnahmen und Förderprogramme des Bundes gab es bislang und welche Konsequenzen erfolgten daraus für die Landeshauptstadt München?
2. Wurden von der Bundesregierung für die Umsetzung der geforderten Maßnahmen den Kommunen Gelder zur Verfügung gestellt? Wenn ja, in welchem Umfang?
3. Ist die Landeshauptstadt München ihrer Verantwortung, Förderprogramme der Bundesregierung umzusetzen, nicht nachgekommen?
4. Wo sieht die LH München Versäumnisse der Bundesregierung zur Luftreinhaltung?
5. Wie erklärt die Umweltreferentin die eklatanten Widersprüche in ihren Aussagen zu denen der Bundeskanzlerin?

Initiative:

Mario Schmidbauer

weitere Fraktionsmitglieder:

Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl

¹ <https://www.br.de/nachrichten/reaktionen-umwelt-stickstoffdioxid-eu-klage-100.html>

² <https://ru.muenchen.de/pdf/2018/ru-2018-05-18.pdf>

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • bayernpartei@muenchen.de